



In ihrem Stammlokal, dem Gasthof Helvetia beim Bahnhof Winterthur, entschied die SP über ihre Zukunft nach dem Generalstreik. Auch ein Rückzug aus den Parlamenten wurde erwogen. Rechts: ein SP-Protokollbuch. Bild: pd

Die Frage blieb: Reform oder Revolution?

Nach dem Abbruch des Generalstreiks durch das Oltener Aktionskomitee am 14. November 1918 ging es in der Winterthurer Arbeiterschaft heiss her. Es galt ihre Positionierung im politischen und gesellschaftlichen Leben zu klären.

«Nur durch die brutale Militärgewalt war es unserer Regierung möglich, die ganze, so unerwartet glänzend gelungene Aktion abzuwürgen; die Idee selbst aber und den festen Willen, endlich auch bei uns einmal bessere Zustände zu schaffen, kann uns keine Macht entreissen und darum handelt es sich für uns darum, nicht zu verzagen, sondern erst recht den Kopf hoch zu halten und mutig vorwärts zu schreiten, einer besseren Zukunft entgegen.»

Mit diesen Worten wandte sich Friedrich Heeb, Redaktor der «Arbeiterzeitung», am 23. November 1918 an die Genossen der SP Oberwinterthur. Heeb, ein Deutscher, der 1918–1921 die in Winterthur gedruckte «Arbeiterzeitung» redigierte und danach in Zürich diverse politische und parteiinterne Ämter innehatte, gehörte neben Arbeitersekretär Jakob Steiger und Otto Pfister, Präsident der SP der Stadt Winterthur, zu den aktiven Rednern.

Erleichterung und Zweifel

Der Tenor zur Bewertung des Generalstreiks war, dass dieser verfrüht ausgelöst und die Internationale Lage zu wenig berücksichtigt worden sei. Das Oltener Aktionskomitee erntete viel Kritik für seinen Streikabbruch, aber andererseits auch Dank für seine Vorsichtigkeit. In der ersten Enttäuschung zweifelten einige Genossen an,

ob es wirklich zu einem breiten Militäreinsatz und somit zum Bürgerkrieg gekommen wäre. Dass die SP jahrelang gegen die Bauern gehetzt habe, wird ebenso kritisch hinterfragt wie der hohe Anteil der Akademiker unter den eigenen Behördenvertretern. Diesen mangle es an den notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen – eben dem Proletarierleben.

Sollte sich die SP aus den Parlamenten zurückziehen? Soll die Regierungsbeteiligung angestrebt werden? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Diese Fragen wurden in den folgenden Wochen engagiert diskutiert.

KRISENJAHR

WINTERTHUR 1918
Die Stadt und ihre Bewohner in einer schweren Zeit (4. und letzter Teil)

In Zürich wurde das Fernbleiben der SP-Fraktionen von allen Parlamenten erwogen. Die Kantonsratsfraktion hatte sich dagegen entschieden, worin ihr die Winterthurer Stadtratsfraktion folgte. Am 11. Dezember hielt die städtische SP in ihrem Stammlokal, dem Gasthof Helvetia beim Bahnhof, eine Parteiversammlung zum Thema Parlamentarismus und Regierungsbeteiligung ab. Hauptreferent war ihr Präsident Otto Pfister. Er spitze die Frage der Mitwirkung zu auf die Frage «Reform oder Revolution?». Die

beteiligung angestrebt werden? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Diese Fragen wurden in den folgenden Wochen engagiert diskutiert. In Zürich wurde das Fernbleiben der SP-Fraktionen von allen Parlamenten erwogen. Die Kantonsratsfraktion hatte sich dagegen entschieden, worin ihr die Winterthurer Stadtratsfraktion folgte. Am 11. Dezember hielt die städtische SP in ihrem Stammlokal, dem Gasthof Helvetia beim Bahnhof, eine Parteiversammlung zum Thema Parlamentarismus und Regierungsbeteiligung ab. Hauptreferent war ihr Präsident Otto Pfister. Er spitze die Frage der Mitwirkung zu auf die Frage «Reform oder Revolution?». Die

Nichtbeteiligung lehnte er entschieden ab. Die Kontrolle der Behörden sei nur durch eine Beteiligung am institutionalisierten politischen Prozess möglich. Gleichzeitig propagierten er und verschiedene Diskussionsteilnehmer eine bessere Kontrolle der eigenen Vertreter. Er trat ein gegen Sesselkleber und gegen die Ämterkumulation in den eigenen Reihen.

Zahlreiche Genossen äusserten sich eher kritisch gegenüber dem Parlamentarismus. Die Demokratie unterstütze den Erhalt des Klassenstaates, das Parlament sei eine Waffe der Mehrheit, die Parlamente hätten sich überlebt – so tönte es. Dennoch war der Tenor, dass die Beteiligung an Parlamenten nach wie vor wichtig sei.

Beteiligung mit Auflagen

Im neuen Jahr wurde am 6. Januar das Thema der Regierungsbeteiligung wieder aufgenommen. Arbeitersekretär Jakob Steiger machte sich dagegen stark: «Unsere Partei ist eine Oppositionspartei, eine Beteiligung würde uns zur Mitverantwortung ziehen und uns im Klassenkampfe hemmen.» Die Gegenposition nahm Arthur Schmid, Stadtrat von 1919–1920, ein. Er formulierte die folgenden drei Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung:

Erstens: Proporzwahl der Regierung; zweitens: Verpflichtung sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, in allen grundsätzlichen Fragen ihren Minderheitenstandpunkt in besonderen Minderheitsanträgen vor dem Parlament und der Öffentlichkeit zu vertreten; drittens: das Recht der jederzeitigen Abberufung sozialdemo-

kratischer Regierungsmitglieder, die das Vertrauen der Partei nicht mehr besitzen. Diese bedingte Regierungsbeteiligung errang deutlich mehr Anhänger. 34 Mitglieder inklusive Redaktor Friedrich Heeb entschieden sich für diesen Weg, während 19 Genossen von einer Regierungsbeteiligung nichts wissen wollten.

Zeichen einer Weltrevolution

Der Generalstreik bewirkte in Teilen der Arbeiterschaft eine Aufbruchstimmung. Die Ereignisse im angrenzenden Ausland, der Zusammenbruch verschiedener Monarchien und die Revolution und der Aufstieg des Bolschewismus in Russland trugen das Ihre dazu bei. So konstatierte Jakob Steiger im Sommer 1919 an einer Versammlung der SP Oberwinterthur in der Mühle Hegi: «Es geht ein revolutionärer Gedanke durch die Welt.



Polemisierte gegen «Sesselkleber»: SP-Präsident Otto Pfister. Bild: pd

Die Diktatur des Proletariats ist im Osten aufgestanden und fasst immer mehr Wurzel in den Köpfen der Arbeiter.»

In der SP selbst ergaben sich Differenzen zwischen eher konservativ ausgerichteten Genossen und einer sogenannten «linksradikalen Gruppe», zu der sich Friedrich Heeb bekannte. Das Erreichen des «Ideals der Sozialisierung der Wirtschaft der ganzen Erde» war gefährdet durch eher zurückhaltende, pragmatisch orientierte Kräfte. Die unterschiedlichen Strömungen führten 1921 auch in Winterthur zu einer Abspaltung der Kommunisten.

Das Pendel schlug zurück

Im Nachgang zum Generalstreik war das Klima für die Einführung sozialer Reformen günstig. Insbesondere wurde die Einführung der 48-Stunden-Woche im Fabrikgesetz erreicht, die Ausdehnung auf andere Branchen musste aber in Winterthur hart erkämpft werden und auch in den Fabriken wurde die Regelung mit Ausnahmebewilligungen wieder aufgeweicht.

Der gewerkschaftliche Kampf wurde seit 1920 durch das Einsetzen einer schweren Wirtschaftskrise stark behindert. Das Pendel schlug zurück. Die Sozialdemokratie feierte in den Gemeindevahlen der 1920er-Jahre Erfolge, ein rotes Winterthur stellte sich aber nicht ein. Allerdings konnten die Sozialdemokraten 1926 13 der 22 Winterthurer Kantonsräte nach Zürich schicken und 1929 wurde Otto Pfister, der Parteipräsident zur Zeit des Generalstreiks, in den Regierungsrat gewählt. (MARLIS BETSCHART)

ANZEIGE

Komitee Besorgte Prämienzahler
Abstimmung 30. November 2008

Medikamentenabgabe

immer mit Konsultationshonorar

NEIN

Zur Medikamentenabgabemassnahme der Zürcher Ärzte

10 000 Franken mehr für die Selbsthilfe

Der Stadtrat will das Selbsthilfzentrum jährlich mit 30 000 Franken unterstützen – 10 000 Franken mehr als bis jetzt.

Väter von behinderten Kindern, Frauen, die als Kinder sexuell ausgebeutet wurden, krebserkrankte oder sehbehinderte Menschen: Sie alle finden beim Selbsthilfzentrum Winterthur Gruppen mit Gleichbetroffenen. Und wenn nicht, helfen die zwei Leiterinnen – beide sind Sozialarbeiterinnen – beim Aufbau einer neuen Selbsthilfgruppe. Sie beraten die Interessierten, coachen die Gruppen, knüpfen Kontakte, stellen die Räumlichkeiten zur Verfügung. Heute treffen sich rund 800 Personen in rund 70 Selbsthilfgruppen. Zusammen mit einer kaufmännischen Angestellten verfügen die Leiterinnen

über 115 Stellenprozent – aber über zu wenig Geld. Laut Ko-Leiterin Claudine Frey beträgt das jährliche Budget 200 000 Franken. Das Geld kommt aus verschiedenen Quellen: Vom Kanton erhält das Zentrum 30 000, vom Bund und von der Stadt je 20 000 Franken, aber auch die umliegenden Gemeinden, Kirchgemeinden sowie drei städtische Stiftungen steuern Gelder hinzu. Trotzdem hat das Zentrum jedes Jahr Mühe, für die übrigen 35 000 bis 40 000 Franken Geldgeber zu finden.

Aus eigener Kraft Geld finden

So haben sich die Leiterinnen vor einem halben Jahr dazu entschlossen, mit einem Gesuch um jährlich 10 000 Franken mehr an die Stadt zu gelangen. Der Stadtrat will dem nachkommen und beantragt dem Grossen Gemeinderat, den jährlichen Beitrag an das Selbsthilfzentrum ab 2009 um

10 000 auf 30 000 Franken zu erhöhen. So könne sich das Zentrum stärker auf seine Kernaufgabe konzentrieren, heisst es in der Medienmitteilung der Stadt. Die Leiterinnen freuen sich über den Entscheid, obwohl so der Fehlbetrag nicht vollständig gedeckt wird: «Wir wollten ein realistisches Gesuch stellen», sagt Frey.

Stadträtin Maja Ingold schätzt den Stellenwert des Selbsthilfzentrums als sehr hoch ein. Die Idee, dass sich Betroffene aus eigener Kraft helfen, sei nicht nur gesellschaftlich, sondern auch ökonomisch überzeugend. Trotz des hohen Stellenwerts sei eine stärkere Erhöhung des Betrags nicht in Frage gekommen, denn das Selbsthilfzentrum könne auf andere Geldquellen zurückgreifen. Das Selbsthilfzentrum muss den städtischen Beitrag also auch als «Hilfe zur Selbsthilfe» verstehen.

KATHARINA BAUMANN

Zwei neue Kirchenpfleger

Der Stadtrat hat zwei neue Mitglieder von evangelisch-reformierten Kirchenpflegern in stiller Wahl für gewählt erklärt. In der Kirchenpflege Winterthur Seen ersetzt Sophie Greco-Hefti (1960, Sekretärin) die zurückgetretene Marianne Hofer-Bardill, in der Kirchenpflege Oberwinterthur folgt Yvonne Antener Diener (1959, Hausfrau/Controller) auf den zurückgetretenen Hans Martin Aepli. (red)

ZEITUNG IN DER SCHULE

Aus technischen Gründen kann heute kein «Chli Landbot» erscheinen. Die nächste Ausgabe finden Sie im morgigen «Landboten». Wir bitten grosse und kleine Leser(innen) um Verständnis. Die Redaktion